

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 4

Artikel: Wandlung bei den nationalen Minderheiten : nach der Okkupation der CSSR
Autor: Pataky, J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095507>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nach der Okkupation der CSSR

Wandlung bei den nationalen Minderheiten

Von J. Pataky

Zu den untersuchungswerten Folgeerscheinungen der CSSR-Besetzung durch die Sowjets gehören auch die Nebenauswirkungen auf die nationalen Minderheiten in der CSSR selbst, in Rumänien und Jugoslawien. Hierbei ist insbesondere an die ungarischen Minderheiten in diesen drei Ländern zu denken.

Die Lage dieser ethnischen Gruppen in den sogenannten «Nachfolgestaaten» (des alten Oesterreichs) seit dem Ersten Weltkrieg war natürlich in etlichen Nuancen unterschiedlich, wies aber doch einen wesentlichen gemeinsamen Charakterzug auf: die Unzufriedenheit der Ungarn mit ihrem Schicksal. Sie bestimmte denn auch ihr Verhältnis zum Staat, in welchem sie lebten und zur jeweils herrschenden Nation. Der Grund lag auf der Hand. Die Minderheitslage bedeutete mindere Rechte, mindere Existenzmöglichkeiten, minderes gesellschaftliches Gewicht, und dies musste auch ohne äussere Beeinflussung Unzufriedenheit hervorrufen.

Rechte der Minderheiten vor und nach der kommunistischen Machtübernahme

War die Situation der ungarischen, wie übrigens auch der übrigen Minderheiten, zunächst in allen drei Staaten in der Hauptsache gleich, so ergab sich nach dem Zweiten Weltkrieg eine Differenzierung. In Jugoslawien trachtete man ernstlich darnach, die Lage der verschiedenen Nationalitäten erträglich zu machen. In Rumänien liess man sie wenigstens nicht ganz ohne gewisse Minderheitsrechte. In der Tschechoslowakei dagegen wollte die bis 1948 bestehende kommunistisch-bürgerliche Regierung im Gegensatz zur einstigen bürgerlich-demokratischen Regierung (die Minderheitsrechte gewährt hatte) die im Lande

lebenden Ungarn aussiedeln und entrechtete sie in einem Masse, dass sie nicht nur keine Minderheitsrechte hatten, sondern keine staatsbürgerlichen Rechte überhaupt.

Das besserte sich allerdings nach der kommunistischen Machtübernahme im Jahre 1948. Die diskriminierenden Verordnungen wurden sukzessive zurückgenommen, und im Verlaufe eines langsamen Prozesses wurden auch gewisse Minoritätenrechte gewährt. Aber bis zum heutigen Tage kamen die Nationalitäten dabei in keinem Zeitpunkt zu vergleichbaren Minderheitsrechten, wie sie in der bürgerlich-demokratischen Tschechoslowakei bestanden hatten. Von dieser Feststellung ist nicht einmal die letztjährige Periode der Demokratisierung oder Liberalisierung auszunehmen.

In der Vorkriegstschechoslowakei zum Beispiel hatte es ein auch in der Praxis angewandtes Gesetz gegeben, wonach sich die Minderheiten überall dort, wo sie mindestens 20 Prozent der Bevölkerung erreichten, in jedem Amt und in jeder öffentlichen Institution ihrer Muttersprache bedienen konnten. Entsprechenderweise mussten auch alle Verlautbarungen in den betreffenden Sprachen zugänglich gemacht werden. Ein solches Recht hat nun die kommunistische Regierung der CSSR niemals gesetzlich zugesichert und noch viel weniger praktiziert.

Unter diesen Bedingungen konnte das Verhältnis

der in der Tschechoslowakei lebenden Ungarn zur herrschenden Nation und zum Staate auch nach der kommunistischen Machtübernahme nicht positiv werden. Ihre Einstellung blieb im wesentlichen abweisend, auch wenn sie dies wegen der bestehenden Unterdrückungsmethoden nicht zum Ausdruck bringen konnten.

Nationalitätenfrage — ein Faktor im Liberalisierungsprozess

Zu den Faktoren, welche in der Tschechoslowakei den Liberalisierungsprozess auslösten, gehörte die Tatsache, dass die nationale slowakische Frage nicht gelöst worden war. Deshalb hatten nationale Fragen auch einen so wichtigen Anteil an den Vorhaben der Liberalisierung. Das konnte sich, einmal in Gang gekommen, freilich nicht länger auf die blosse slowakische nationale Frage beziehen. Vielmehr wurden nun auch die verschiedenen Nationalitäten, die Ungarn (zirka 600 000), die Ruthenen oder Ukrainer (zirka 40 000), die Deutschen (zirka 100 000) und die Polen (zirka 60 000) in die Problematik einbezogen.

So wurde die Lösung der Nationalitätenfrage zu einem echten Anliegen und Bestandteil des Liberalisierungsprozesses. Die ungarischen und ruthenischen Minderheiten wurden sich dessen zuerst bewusst und erhoben laut ihre Forderungen auf unbedingte und vollständige Gleichberechtigung auch in nationaler Hinsicht. Das geschah freilich nicht ohne Widerstand gewisser slowakischer Kreise (beide Minoritäten leben in der Slowakei). So legten zum Beispiel der Verband slowakischer Schriftsteller und die Slowakische Akademie der Wissenschaften ihr «Veto» gegen die Gleichberechtigung der ungarischen Minderheit ein. Das führte zu Spannungen namentlich in jenen ungarischen Siedlungsgebieten in der Slowakei, wo die Slowaken als regionale Minderheit die herrschende Schicht bildeten, während die Ungarn als Mehrheit nicht gleichberechtigt waren.

Dies hat sich nun mit der sowjetischen Besetzung der CSSR geändert. Jetzt ist für beide Nationen und alle Nationalitäten ein neues und entscheidendes gemeinsames Interesse in den Vordergrund getreten: der Widerstand gegen die Okkupanten. Denn diese bedrohen nicht nur die Individualrechte, sondern sie gefährden auch die vorhandenen Freiheiten aller Nationen und Nationalitäten der CSSR. Die Okkupation hat die Minoritäten zur Erkenntnis gebracht, dass sie alle Zwistigkeiten beiseite schieben und ihre ganze Kraft auf das gemeinsame Interesse konzentrieren müssen.

Die ungarischen Minderheiten und ihr Mutterland

Eine neue Erscheinung in diesem Zusammenhang betrifft das Verhältnis der in der Tschechoslowakei lebenden Ungarn zum ungarischen Staate. Hier ist eine Aenderung eingetreten. Die auf CSSR-Territorium lebenden Ungarn waren auf Grund des Versailler Friedens (von Kommunisten als imperialistisch gebrandmarkt) gegen ihren Willen in die Tschechoslowakei eingegliedert worden. Sie betrachteten demnach Ungarn immer als ihr Mutterland, und auch ihr Verhältnis zum ungarischen Staat richtete sich darnach. Die Teilnahme Ungarns an der Okkupation der Tschechoslowakei nun wurde von der ungarischen



Bratislava als slowakische Hauptstadt ist gleichzeitig, was im Ausland weniger bekannt ist, auch das Zentrum des kulturellen Lebens der ungarischen Minderheit.

Ungarn im Jahre Null

Y. Ihrem eigenen Jungen, Sandor Bauer, der mit der Aufschrift «Nieder mit den Besatzern» an der Brust in den Tod gegangen ist, haben die ungarischen Machthaber versucht, die patriotische Märtyrer-Aureole zu stehlen. Einen ähnlichen Taschenspielertrick probierten sie beim Vorbild des Unglücklichen, Jan Palach. Allerdings gelang es ihnen in keinem der beiden Fälle, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. Dass die Kadar-Presse, mehr oder weniger gewunden, auch noch die arabischen Galgen begrüsste, an welche man in Bagdad Juden unter dem verzückten Jubel der Menge geknüpft hatte, das rundet bloss das Bild ab, welches zur Stunde das Pusztaklima kennzeichnet.

Wie könnte es demnach auch anders sein, wenn das Budapest Zentralorgan «Nepszabadsag» mit der ungarischsprachigen jugoslawischen Zeitung «Magyar Szó» zu Gericht zieht und sie dem «Mistkübel» der kapitalistisch-imperialistischen Presse zuordnet. Schon einmal hatten die Jugoslawen, nach dem Ueberfall auf die CSSR, Kádars Magyaren als «Okkupanten» bezeichnet, die es nunmehr ihren nazifreundlichen Vorgängern 1939 gleichgetan hätten, als diese gewaltsam in slowakische Lande einmarschierten. Diese symbolische Gleichstellung des Admirals Horthy mit dem Genossen Pal Losonci, dem Staatsführer dieser Tage, brachte die Budapest Apparatschiki ganz besonders gegen die Belgrader Genossen auf.

Die ungarisch gedruckten Presseerzeugnisse aus Jugoslawien werden innerhalb der ungarischen Grenzen restlos konfisziert. Der polizeiliche Eifer ist dabei um so grösser, als die Neugier auf diese Stimmen im Lande sehr lebhaft ist. Das zeigt sich an den Schwarzhandelspreisen. So ist beispielsweise der Kurswert eines Exemplars von «Magyar Szó» (Novi Sad) auf dem schwarzen Markt in Szeged auf 100 Forint geklettert. Das sind 20 Schweizer Franken zum offiziellen Kurs oder ein Fünftel eines akademischen Anfangsgehaltes und der Sechstel einer Angestelltenpension nach 10 Dienstjahren.

Minderheit aufs entschiedenste verurteilt. Diese Aktion hat die Zugehörigkeitsgefühle zur ungarischen Heimat erheblich geschwächt und der ungarischen Minderheit erstmals ein tschechoslowakisches Heimatgefühl gegeben.

Entsprechenderweise blieb die Okkupation nicht ohne Einfluss auf jene slowakischen Kreise, welche auch während des Liberalisierungsprozesses noch eine nationalistische Stellung gegenüber der ungarischen Minderheit eingenommen hatten. Auch hier ist die Einsicht in die Notwendigkeit einer gemeinsamen Front aller Nationen und Nationalitäten gegenüber der gemeinsamen Gefahr der sowjetischen Okkupation vordringlich geworden. Dabei ist man sich auch der Gefahr bewusst geworden, dass die Okkupanten die Unzufriedenheit der ungarischen und der übrigen Nationalitäten ausnützen und gegen die herrschenden Nationen der Tschechen und Slowaken ausspielen könnten.

Unter dem zwingenden Druck dieser Umstände sahen sich auch die slowakischen Kommunisten gezwungen (die pro-sowjetische und nationalistisch-slowakische Politik Husaks ist auch für die Mehrzahl der Parteimitglieder nicht repräsentativ, obwohl er freilich vor allem dank der sowjetischen Okkupation zur Macht gekommen ist), die Notwendigkeit einer Gleichberechtigung der ungarischen und andern Nationalitäten anzuerkennen, wie diese ja ihrerseits zu einer posi-

Unter diesen Umständen dürfte es schwerfallen, die Verheissungen des sogenannten «neuen Wirtschaftsmechanismus» anzuhebeln, die sich in Wirklichkeit bloss darin äussern, dass es vielerlei empfindlich verteuerte Waren gibt, ohne dass dies durch Lohnerhöhungen oder bessere Kaufkraft des Geldes kompensiert würde. Zu den materiellen Sorgen der Bevölkerung kommen die psychologischen. Bei der systematischen Verabreichung von Magerkost in Presse, Radio und Fernsehen haben die Leute das Gefühl, in der Reihe aller Sowjetsatelliten nachgerade auf dem letzten Platz zu stehen. Man findet, dass die fünf-fach besetzten, seit sechs Monaten drangsalierten Tschechoslowaken im Vergleich zur magyarischesowjetischen Wüste immer noch ein Freiheitsparadies bewohnen. Sogar hinter den niemals «geliebten» CSSR-Nachbarn zu stehen, das betrübt ungarische Herzen. Im Volk beklagt man sich auch darüber, dass die eigene Revolution vor dreizehn Jahren in der Welt in Vergessenheit gerät.

Des immer empfindlicheren Stimmungstiefs bewusst, vervielfacht die Budapest Regime-Propaganda ihre Anstrengungen, um die Öffentlichkeit über all das Missliche hinwegzutäuschen und die Gemüter sozusagen dauernd im Siegesrausch zehn gewonnener Mexiko-Olympiamedaillen zu halten. Ueber die unendliche Durststrecke des

vereren Einstellung dem tschechoslowakischen Staatswesen gegenüber gekommen sind.

Parallellfall Rumänien

Aehnlich verhält es sich trotz aller Unterschiede mit der zahlenmässig bedeutend stärkeren ungarischen Minderheit in Rumänien. Auch diese hat die Satellitenrolle der ungarischen Regierung im Zusammenhang mit der CSSR-Okkupation verabscheut und hält damit zur rumänischen Landesregierung, welche diese Aktion verurteilt. Damit ist ein Motiv zu einer echten Loyalität der Minderheit gegenüber dem rumänischen Staat gegeben. Bukarest seinerseits geht daran, die politischen und kulturellen Bedürfnisse und Ansprüche der ungarischen Minorität positiver zu behandeln, schon deshalb, um einer allfälligen irredentistischen Bewegung vorzubeugen, welche Ungarn, auf sowjetische Veranlassung natürlich, den Rumänen gegenüber ausnützen könnte.

Die Sowjetunion glaubte, dass sie im Sinne des proletarischen Internationalismus von allen kommunistischen Parteien eine allgemeine Gutheissung der CSSR-Okkupation erhalten werde. Gegen diese Erwartung erzielte sie, schon abgesehen von den (wenigstens einstweiligen) Dissonanzen bei den KP der Welt, einen Zusammenschluss unter den sozialistischen Nationen und Nationalitäten der verbündeten Länder gegen die Sowjetunion. ■

moskowitzisch gehärteten Funktionsapparates hilft aber auch dieser politische Weitsprung nicht hinweg.

Damit man vom Ausland her den Stand der Dinge nicht mehr überblicken kann, ist den westlichen Journalisten der Maulkorb noch enger geschnallt worden. Damit sie im Besitze ihres Visums nicht während dreier Monate beliebig einreisen können, hat man diese Frist auf etwa zehnte Tage beschränkt. Und länger als 14 Tage darf man bloss bleiben, wenn es der Pressechef des Ausserministeriums, Dr. Jenő Rande, erlaubt.

Ohne ernste Arbeit belohnt zu werden, ist allerdings im «Sozialismus» eines Janos Kádars möglich. Diplomierte Akademiker, die 21 Tage bezahlte Ferien wünschen, können sich zu einem Atheistenkurs der kommunistischen Parteihochschule melden. Ein renegater Dominikanerpater ergeht sich hier in tagespolitisch ausgerichteten kirchenpolitischen Erwägungen, wobei man es mit der historischen Wahrheit nicht allzu streng nimmt und auf allgemein anerkannte wissenschaftliche Massstäbe keinen allzu grossen Wert legt.

Dafür aber ist die Ueberwachung kapitalistischer und jugoslawischer Ausländer um so enger und genauer. Der zivil gekleidete Politpolizist, der seine «Kunden» zum Verhör in eine Bar bittet und — die Ungarn waren schon immer Kavaliere — auch noch ihre Zeche bezahlt, weiss ganz genau, mit welcher «Dame» man gegangen ist, warum man sie verlassen hat und wer die Nachfolge angetreten hat.

Diese Praxis wird vorzugsweise bei Ex-Ungarn angewendet, die im Besitze einer neuen westlichen Staatsbürgerschaft besuchsweise heimkehren. Solchen Leuten können aber auch schlimmere Erkenntnisse blühen. So reiste der 44jährige Oesterreicher Daniel Farkas mit Frau und 7- bis 9jährigen Kindern auf Grund von Pass und Visum ordnungsgemäss ein und landete im Gefängnis. Findige Politpolizisten hatten nämlich prompt entdeckt, dass der Angestellte vor 1956 wegen «Spionage für den USA-Geheimdienst» zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Zu Stalins Zeiten entsprach das dem Postkarten-Urteilsformat in Staffeln von 5-10-15-20-25 Jahren. Das heutige Ungarn, das die Unrechtmässigkeit der damaligen Willkürjustiz selbst nachgewiesen hat, bekennt sich also wieder zu ihrer Kontinuität. ■

Natürlich ist die Restalinisierung kein spezifisch ungarisches Phänomen. Sie dringt auf sowjetisches Geheiss in ganz Osteuropa ein.

Aber der ungarische Fall ist doch besonders deprimierend und besonders repulsiv. Ungarn war, und viel mehr als das schon lange zurückstehende Polen, in der ersten Hälfte der sechziger Jahre durch Kádars Parole der «innern Koexistenz» zum Vorbild jener osteuropäischen Liberalisierung geworden, die schliesslich den Prager Weg ermöglichte.

Das ist hin. Aber nicht nur das. Hin ist auch die Illusion, dass die blosse Liberalisierung irgend etwas gewährleiste. Das System erlaubt unter gewissen Umständen ihre Zulassung, gibt aber keine Garantie für ihre Weiterentwicklung oder auch nur ihren Weiterbestand. Wir müssen weiter auf das freundliche Ermessen der Führung (wie es sich trifft der Moskauer Führung) warten, ganz so wie früher die Völker auf das feudale Ermessen der Fürsten. cb